

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 24. Januar 2017

Finanzdirektion

**11 2016.RRGR.881 Motion 180-2016 Amstutz (Corgémont, Grüne)
Desinvestition aus fossilen Energieträgern: eine Überlebensfrage**

Fortsetzung

Präsident. Wir kommen nun zum Traktandum 11, bei dessen Beratung wir gestern verblieben sind.. Wir haben bereits einige Fraktionen gehört. Als nächster hat für die grüne Fraktion, Grossrat Bauen das Wort. Wir führen eine freie Debatte.

Antonio Bauen, Münsingen (Grüne). Spätestens seit der Klimakonferenz von Paris ist klar: Die Welt, und somit auch der Kanton Bern, muss weg von den fossilen Energieträgern und zwar subito. Nur so können wir den drohenden Klimawandel in halbwegs verträglichen Grenzen halten. Die Grünen anerkennen die Bestrebungen des Regierungsrats, die er mit der Energiestrategie, dem Energiegesetz, der Energieverordnung, dem Förderprogramm und dem eigenen, vorbildlichen Handeln anstrebt und umsetzt. Das reicht aber nicht. Die Wirkung ist zu schwach und die erforderliche Umstellung auf erneuerbare Energien geht viel zu langsam voran. Ein Grund dafür ist die verfehlte Anlage- und Investitionsstrategie, insbesondere bei den Pensionskassen. Die Klimaallianz schreibt dazu folgendes: «Gemäss einer Studie des Bundesamts für Umwelt fördert der Finanzplatz Schweiz mit seinen Investitionen einen katastrophalen Klimawandel von 4 bis 6 Grad. Die Pensionskassen sind bei dieser Selbstzerstörung mit dabei, obwohl ein fortschreitender Klimawandel ihre Investitionen auf breiter Front gefährdet: Überflutungen, Sturmschäden und Waldbrände bedrohen Liegenschaften und Unternehmen und viele Werte, in die sie eigentlich investieren». Ich zitiere weiter: «Die vom Schweizer Finanzplatz gesteuerten Aktivitäten verursachen das Zwanzigfache der einheimischen territorialen Treibhausgas-Emissionen». Es ist also wichtig, den Hebel dort anzusetzen. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Einige Pensionskassen haben das bereits getan: die Pensionskasse Nest, die Stiftung Abendrot, die Pensionskasse des Bundes Publica oder auch die Pensionskasse der Stadt Zürich. Insgesamt verfügen die vier über ein Anlagevolumen von 57 Mrd. Franken. Es wäre wichtig, dass die anderen auch mitmachen würden. Stoppen wir diesen Wahnsinn.

Da gibt es aber noch ein zweites Problem. Es mag im Moment noch etwas visionär klingen, kann in ein paar Jahren aber zur bitteren Realität werden. Dann nämlich, wenn die Wertschriften, mit denen die Unternehmen in die fossile und nukleare Energiewirtschaft investiert haben, zerfallen und **unse-re Pensionskassen ins nächste Finanz-Fiasko schlittern.** Dieses Fiasko möchten wir möglichst verhindern. Die Energiewende schreitet nämlich trotz aller Schwarzmalerei ziemlich gut voran und ein Technologiewandel im Bereich Energie und Mobilität findet statt. Die modernen Technologien, wie Elektromobilität, Fotovoltaik usw. werden immer billiger und sicherer und werden immer öfter verwendet. Die fossilen Energien werden nicht mehr gefragt sein und das kommt – wie könnte es anders sein – schneller als man denkt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein doppeltes Risiko. Wir sind also sowohl durch den Klimawandel als auch durch die Gefahr massiver und plötzlicher Wertverluste unserer in Sicherheit geglaubten, hart erarbeiteten Pensionskassengelder bedroht. Das Klima und unsere Renten sind also höchst gefährdet. Handeln wir, bevor die schwarze Wolke, die gestern vor dem Rathaus zu sehen war, das Klima und unsere Pensionskassengelder zerstört. Sorgen wir dafür, dass sich der Kanton als Arbeitgebervertreter und mitverantwortlicher Aktionär klima- und pensionskassenverträglich verhält. Das kann er sehr wohl. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieser Motion.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Die glp unterstützt natürlich die Steuerung von einer Wirtschaft hin zu einer grünen und nachhaltigen Wirtschaft. Das ist der Grund, dass wir das Anliegen in Form eines Postulats auch annehmen werden. In Form einer Motion lehnen wir es als Ganzes ab. Weshalb als Ganzes? Eine differenzierte Betrachtung ist hier angebracht. Wir haben bereits gestern über die Pensionskassen gesprochen. Bei den Pensionskassen ist es nun einmal so: Es sind nicht unsere Gelder, es sind die Gelder unserer Vorsorgenehmer. Sie gehören den Mitarbeitern des Kantons. Der Kanton darf, falls er im Sanierungsfall zur Kasse gebeten würde, Leute ins paritätische Gremium entsenden, die dann dort aber als Privatpersonen nach bestem Wissen und Gewissen über die Geschicke der Vorsorgegelder und die strategischen Grundpfeiler bestimmen müssten. Wir als Gesetzgeber haben dort nichts zu sagen. Wenn wir als Gesetzgeber dort mitreden möchten, können wir uns nicht auf dieser Stufe bewegen. Es gilt das BVG, welches die Rahmenbedingungen setzt. Dann müssten auf eidgenössischer Ebene die entsprechenden BVG-Änderungen angestossen werden. Ich persönlich finde es gut, so wie es jetzt ist; dass über die Vorsorgegelder in paritätischen Gremien mit unabhängigen Leuten, die dafür delegiert werden, bestimmt wird. Entsprechend haben wir hier, was die Pensionskassengelder betrifft, schlicht und einfach keine Kompetenz, über solche Fragen zu entscheiden. Bezüglich den Kantonalbanken kann man sich die Frage stellen und prüfen, inwiefern solche Investitionen bestehen und ob man allenfalls auch desinvestieren sollte. Wir gehen davon aus, dass diese Prüfung praktisch obsolet ist, denn die Kantonalbanken investieren in Kredite, Hypotheken und Firmenkredite. Ich gehe nicht davon aus, dass wir hier im Kanton Bern durch unsere Kantonalbank direkt die Gewinnung fossiler Energien fördern. Bei der BKW sind wir Mehrheitsaktionär. Als Mehrheitsaktionär darf man die Geschicke einer Firma auch lenken. Deshalb sind wir grundsätzlich dafür, die BKW dazu zu bringen, keine Investitionen mehr in fossile Energien zu tätigen bzw. allfällige Vermögenswerte in dieser Richtung abzustossen. Falls wir punktweise abstimmen, würde ich persönlich den letzten Punkt auch als Motion durchgehen lassen. Insgesamt wird die Fraktion das Gesamtanliegen als Postulat gutheissen, als Motion würden wir es ablehnen.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP). Die SVP-Fraktion lehnt diese Motion einstimmig ab. Ebenfalls würden wir ein Postulat ablehnen. Der Regierungsrat hat hier die Antwort zu diesem Vorstoss ganz klar gegeben. Es ist die falsche Flughöhe. Wir sind im zuständigen Gremium, um operativ einzugreifen. Darum, kurz und bündig: Die SVP lehnt sowohl die Motion als auch ein Postulat ab.

Präsident. Es ist keine weitere Fraktion mehr angemeldet. Gibt es noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? – Auch das ist nicht der Fall. Damit hat die Finanzdirektorin das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Bei dieser Motion handelt es sich eigentlich um dasselbe Anliegen, wie wir es bereits gestern diskutiert haben, nämlich um die Einflussnahme in die Anlagepolitik der kantonalen Pensionskassen und der kantonalen Beteiligungsgesellschaften. Ich habe bereits gestern ausführlich dargelegt, dass gemäss Bundesrecht die Pensionskassen für die Anlagestrategie zuständig sind. Und zwar müssen ausschliesslich ihre Verwaltungskommissionen diese Entscheide fällen. Auch bei den Beteiligungsgesellschaften kann der Kanton keinen direkten Einfluss auf die Anlagepolitik nehmen, denn die Anlageentscheide liegen nicht in der Kompetenz der GV, sondern müssen durch den Verwaltungsrat oder die Geschäftsleitung bestimmt werden. Darum gilt dasselbe, was ich gestern schon bei der Motion 109-2016 Machado Rebmann, «Bernische Pensionskassen: keine Rentengelder für Bomben – verbindliche Regelung der Anlage von Pensionskassengeldern nach ethischen Kriterien», gesagt habe, denn an der Faktenlage hat sich nichts geändert.

Ich möchte aber noch Folgendes festhalten, damit deutlich wird, dass es auch dem Regierungsrat ein Anliegen ist, auch wenn wir hier keinen Einfluss nehmen können. Es braucht wirkungsvolle Massnahmen gegen den Klimawandel, das ist der Regierung wichtig. Und das Investitionsverhalten aller und besonders der grösseren Anleger ist ein wichtiger Ansatzpunkt. Darum unterstützt es der Regierungsrat, wenn die kantonalen Institutionen ihre Anlagen auch im Hinblick auf die Klimarisiken überprüfen und nach klimafreundlichen Investitionsalternativen suchen. Ich habe das gestern auch schon erwähnt und möchte es heute noch einmal tun. Die Bernische Pensionskasse BPK beispielsweise ist bereits aktiv geworden und unterzieht alle Investitionen periodisch einem sogenannten ESG Screening (Environment, Social, Corporate Governance). Wie ich gestern auch bereits gesagt habe, wurde bei der Bewertung durch den WWF der BPK das Prädikat grün verliehen, was

ein sehr gutes Prädikat bedeutet. **Trotzdem lehnt der Regierungsrat die Motion ab, weil wir gegenüber der Pensionskasse und den Beteiligungsgesellschaften keine Vorgaben machen können.** Ich bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Präsident. Der Motionär wünscht noch das Wort.

Pierre Amstutz, Corgémont (Grüne). Je ne vais pas prolonger le débat, mais d'abord j'aimerais vous remercier pour cette discussion, pour tous les conseils que j'ai reçus. Je pense que, dans le domaine du climat, il est très très difficile pour beaucoup de personnes d'accepter la réalité, la réalité des changements climatiques. Il y a encore des climato-sceptiques et, avec les élections qui ont eu lieu aux Etats-Unis, ce camp sera renforcé. Mais c'est triste, parce que justement je crois qu'on ne se rend pas compte. D'un autre côté, comme l'a dit la directrice des finances, il y a effectivement des choses qui se passent, par exemple la COP21 à Paris, organisme qui a pris des décisions sur le plan international. Mais à l'heure actuelle, nous n'avons plus besoin de paroles, nous n'avons plus besoin de discours, il faut des actes et des actes rapides. Je suis un peu étonné que certains ne soient pas sensibles aux risques financiers que représentent des placements dans ces vingt entreprises qui mettent le plus d'argent dans la recherche pour les énergies fossiles. Je tiens aussi à préciser en passant que cette campagne internationale de désinvestissement ne demande pas aux investisseurs de supprimer tous les actifs fossiles de leur portefeuille. Elle demande simplement de ne plus investir dans ces vingt entreprises cotées en bourse qui détiennent les grandes réserves fossiles. A la limite, même si c'est très difficile pour les extraire, nous aurons peut-être bien besoin du pétrole dans une étape de transition, non pas pour faire fonctionner nos véhicules, nos camions, mais nous en aurons besoin peut-être pour la recherche pharmaceutique. Alors moi, je prends un risque, je n'ai pas envie de tergiverser et de donner encore plus de temps pour la discussion. Je ne transforme pas ma motion, malgré le risque évident que je prends.

Präsident. **So wie den Motionär verstanden habe, wandelt er nicht.** Wir werden nun also über eine Motion abstimmen. Wer die Motion unterstützen will, stimmt ja wer das nicht will, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 48

Nein 96

Enthalten 5

Präsident. Der Grosse Rat hat die Motion abgelehnt.